

Kampf um Gerechtigkeit

VON MALTE LEHMING, WASHINGTON

Wenn sich Künstler oder Intellektuelle in die Politik einmischen, ist das Resultat oft peinlich. Dann turtelt ein Martin Heidegger mit dem Nationalsozialismus herum und ein Walter Benjamin mit dem Stalinismus, dann wird heute die chinesische Kulturrevolution gefeiert und morgen Fidel Castro, außerdem wird „klammheimliche Freude“ empfunden über den Terror der „Roten Armee Fraktion“, die Formel „lieber rot als tot“ in die Welt gesetzt und die deutsche Einheit wegen Schwitz abgelehnt. Die Liste der politischen Irrtümer der denkenden Klasse ist lang. Deshalb sollte jedesmal eine gehörige Portion Skepsis aufgebracht werden, wenn Unterschriftenlisten kursieren oder offene Briefe. Das Misstrauen fußt auf Erfahrung.

Allerdings gibt es Ausnahmen von der Regel. Eine solche ist das Manifest der 58 US-Intellektuellen, das am vergangenen Dienstag veröffentlicht wurde. Das neunseitige Dokument heißt „Wofür wir kämpfen – ein Brief aus Amerika“. Die Autoren, die meisten davon Wissenschaftler, umfassen das gesamte politische und religiöse Spektrum der USA. Es sind Christen, Moslems, Juden und säkulare Humanisten dabei, die Bandbreite reicht vom Sozialisten Michael Walzer, der in Princeton unterrichtet, über den Konservativen Michael Novak vom „American Enterprise Institute“ bis zum Kommunitaristen Amitai Etzioni. Andere schillernde Namen, wie Francis Fukuyama, Patrick Moynihan und Samuel Huntington, ergänzen das Ensemble.

Schon die Tatsache, dass diese unterschiedlichen Persönlichkeiten zusammen einen Brief unterzeichnet haben, ist bemerkenswert. Eine Situation, in der die führenden US-Intellektuellen eine gemeinsame Position zu einem Krieg formulieren, hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben. Hinzu kommt, dass das Manifest intellektuell brillant, politisch pointiert und ungewöhnlich moderat gehalten ist. Es endet mit dem Wort „Frieden“ und beginnt mit einem Maß an Selbstkritik, das in solcher Deutlichkeit seit dem 11. September in den USA nur selten Gehör fand. Da ist von der „Arroganz und Ignoranz“ amerikanischer Politik die Rede sowie von „gefährlichen“ Tendenzen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft.

Rechtfertigung

Ausdrücklich erwähnt werden eine „fehlgeleitete und ungerechte Politik“, die Kommerz- und Konsum-Mentalität, der gigantische Unterhaltungsapparat – Stichwort: Hollywood – und die Auflösung familiärer Bindungen. Die Verfasser „geloben, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die Versuchungen zu bekämpfen, denen eine im Krieg befindliche Nation ausgesetzt ist, an erster Stelle die Arroganz und Überheblichkeit“. Der Kern des Manifests indes besteht aus einer Rechtfertigung des Krieges gegen den Terrorismus. Dafür greifen die Verfasser auf die Lehre vom gerechten Krieg zurück. Diese Lehre bildet in der gesamten Literatur, die sich mit dem Verhältnis von Krieg und

Moral befasst, den vorherrschenden Beurteilungsrahmen. Ihr zufolge gibt es ein Recht zum Krieg (ius ad bellum) nur dann, wenn ein berechtigter Kriegsgrund (iusta causa belli) vorliegt und wenn bei der Kriegsführung bestimmte moralische Prinzipien nicht verletzt werden (ius in bello). Die Grundlage dieser Lehre bildet das in Selbstverteidigung ausgeübte Notwehrrecht. „Niemals akzeptabel“, heißt es daher in dem Manifest, „sind Eroberungskriege und solche, die für die nationale Ehre, aus Rache oder Aggression geführt werden.“ Die einzige Rechtfertigung für einen Krieg sei der Schutz Unschuldiger.

Missverständene Lehre

In Deutschland hat die Lehre vom gerechten Krieg, im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern, keinen guten Ruf. Sie weckt Assoziationen an Kreuzzüge, Heilige Kriege oder kirchliche Segnungen sehr unheiliger Kriege. Meist wird sie als bloße Rechtfertigungslehre von Kriegen missverstanden. Dabei wurde sie, vor knapp zwanzig Jahren, sogar von führenden Köpfen der deutschen Friedensbewegung – wie dem Philosophen Ernst Tugendhat – ausdrücklich verteidigt. Wahrscheinlich rührt ihre allgemeine Ablehnung auch daher, dass Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern seit mindestens einem Jahrhundert auf keinen gerechten Krieg zurückblicken kann. Das hat zur Auffassung geführt, Kriege seien an sich unmoralisch. Allenfalls gäbe es notwendige oder unvermeidliche, aber nie gerechte Kriege.

Die deutsche Reaktion auf den Brief der amerikanischen Intellektuellen ist ein Ausdruck dieses Unbehagens. Jedes Nachdenken über die Frage, ob es im Kriegsfall gültige moralische Regeln gibt, wird als unanständig, selbstgerecht und blasphemisch kritisiert. Dabei haben die Verfasser des Manifests diese Kritik sogar vorweggenommen. „Einige Menschen“, schreiben sie, „bestehen darauf, oftmals im Namen des Realismus, dass es in Kriegen vor allem um Eigennutz und Notwendigkeiten gehe, weswegen moralische Analysen irrelevant seien. Diesen Standpunkt lehnen wir ab.“ Wer ihn vertrete, liefere sich dem Zynismus aus.

In der Tat mutet die Zurückweisung eines moralischen Diskurses über den Krieg höchst willkürlich an. Ebensowenig, wie der Umstand, dass gelogen, gestohlen und gemordet wird, die Gültigkeit der diesbezüglichen Verbote widerlegt, können Kriegsverbrechen ein Einwand gegen die Lehre vom gerechten Krieg sein. Sie basiert auf derart fundamentalen Werten unserer Gesellschaft, dass man sie ohne Übertreibung zur moralischen Identität unserer Kultur rechnen könnte.

In ihrem Manifest wenden die Autoren die Lehre vom gerechten Krieg differenziert auf das Problem des Terrorismus an. Sie verteidigen sowohl den Krieg wie auch das uneingeschränkt geltende Verbot, absichtlich einen unschuldigen Menschen umzubringen. Ungerecht ist deshalb der Vorwurf, sie seien indifferent gegenüber den in Afghanistan getöteten Zivilisten. Das Gegenteil ist wahr.